

Antwort auf eine Kleine Anfrage  
— Drucksache 10/52 —

Betr.: Unterstützung von Selbsthilfegruppen arbeitsloser Jugendlicher

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Aller (SPD) vom 3. 8. 1982

In einigen Gemeinden des Landes haben sich jugendliche Arbeitslose zu Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen und organisieren Arbeitslosentreffs. Sie versuchen dabei, der Vereinzelung und der Resignation der arbeitslosen Jugendlichen entgegenzuwirken.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind ihr solche Selbsthilfegruppen bzw. Arbeitslosentreffs bekannt?
2. Werden solche Initiativen durch das Arbeitsamt oder durch Kommunen gefördert?
3. Ist die Landesregierung bereit, solche Initiativen zu unterstützen?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Kultusminister  
— 01 420/5 — 10/52 —

Hannover, den 5. 10. 1982

Die Landesregierung betrachtet es als vorrangige Aufgabe, der Vereinzelung und Resignation arbeitsloser Jugendlicher entgegenzuwirken durch eine Politik, die es den Jugendlichen ermöglicht, mit Zuversicht in die Zukunft zu sehen, aber auch durch konkrete Maßnahmen zur Stabilisierung und Motivation. Sie hat daher seit 1977 im Rahmen des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit Beratungsstellen, Werkstätten und „Arbeitslosentreffs“ gefördert, die in der Regel von freien gemeinnützigen oder kommunalen Trägern der Jugendhilfe für Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten werden. In einigen Fällen hatten Selbsthilfegruppen die Schaffung dieser Einrichtungen veranlaßt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1.

Ja.

Zu 2.

Mit den Arbeitsämtern besteht eine enge Zusammenarbeit sowohl in der Berufsberatung als auch in der Arbeitsvermittlung. Soweit förderungswürdige Kurse von den Trägern angeboten werden, unterstützt sie die Arbeitsverwaltung nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften. Vielfach sind kommunale Gebietskörperschaften Träger dieser Einrichtungen und wenden erhebliche Mittel dafür auf.

Zu 3.

Die Landesregierung wird auch 1983 die Förderung von gegenwärtig 12 Einrichtungen, die sich zum Teil als „Arbeitslosentreffs“ bezeichnen, fortsetzen. Im übrigen wird das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover im Herbst d. J. eine von mir in Auftrag gegebene Untersuchung über die Ergebnisse der bisher durchgeführten Programme vorlegen. Diese Untersuchung soll als Entscheidungshilfe für die künftige Förderungspolitik dienen.

In Vertretung  
Schae de